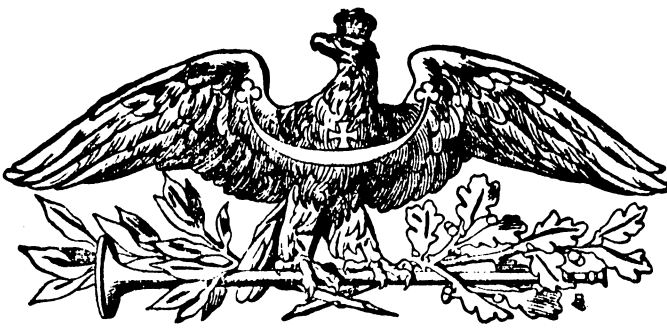




Bezugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus vierteljährlich 150 M., monatlich 50 M., wöchentlich 12 M., bei Abholung p. d. Niederl. u. Agenturen vierteljährlich 141 M., monatlich 47 M., wöchentlich 11 M.; bei Abholung p. d. Geschäftsstellen in Breslau vierteljährlich 135 M., monatlich 45 M., wöchentlich 10,50 M. Bei der Post vierteljährlich 150 M., monatlich 50 M.

Breslau, Mittwoch, 14. Juni 1922

Einschlagsgebühr für den 1. Post. Raum in Millimeterhöhe (1 Zeile 10 mm hoch), 450 M., (Abendblatt 700 M.), bei Anzeigen aus Schlesien und Posen 500 und 600 M. In der Morgenausgabe Stellengelüste 250 M., Familienanzeigen (nur Anzeig.) und mehrspaltig, die abendspaltige Millimeterhöhe 800 M., Nachrufe 600 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3spaltig) 300 M., Schlesien und Posen 250 M.

Verantwortlicher: Dr. Richard Schott. Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2081, 6722 und 640 (Legiere nur für den Stadtverkehr), der Geschäftsabteilung Ring Nr. 2081, 6722 und 640 (Legiere nur für den Stadtverkehr), der Geschäftsabteilung Ring Nr. 2081, 6722 und 640 (Legiere nur für den Stadtverkehr). Druck: W. G. G. Korn. — Geschäftsstelle für Ober-Schlesien: Deutchen O.S., Goldgrube 3, Fernsprecher Deutchen O.S. 1925.

Rechtspflege.

Wie der Lehrer die Seele seines Schülers, der Arzt die Seele seines Patienten, der Geistliche die Seele seines Pfarrkindes richtig erkennen und danach die Behandlung des Schülers, des Patienten, des Pfarrkindes einrichten muß, wenn er erfolgreich wirken will, so muß auch der Jurist, besonders der Richter, im Verkehr mit dem Publikum reiche Seelenkunde besitzen und bei jedem Wort und bei jeder Miene daran denken, wie sein Wort und seine Miene auf die vor dem grünen Tisch erschienenen Personen wirkt. Der Landgerichtsrat Eugen Mayer gibt darüber in der Nr. 4 der Mitteilungen des Preussischen Richtervereins einige sehr beachtenswerte Winke.

In jedem Augenblick muß der Richter die richterliche Würde wahren und dabei die größte Mühe daran setzen, sich das richterlichste Vertrauen der vor ihm erscheinenden Personen zu erwerben. Auch Personen gegenüber, die sich durchaus ungebührlich betragen, muß er die Ruhe bis ins Innere hinein wahren und nur dann zu Strafmaßnahmen greifen, wenn die Würde des Gerichts es durchaus erfordert. Er darf nicht schlapp und feige seines Amtes walten. Lächerlich würde es wirken, wenn er etwa um Angeklagten sagen würde: „Bitte, Herr Angeklagter, wollen Sie wohl die große Güte haben, auf der Anklagebank Platz zu nehmen.“ Aber er soll den Angeklagten freundlich und mit ruhiger Würde behandeln, auch wenn er sich aus den Akten bereits ein Bild von der Sachlage gemacht hat, die den Angeklagten schuldig erscheinen läßt. Auch wenn der Angeklagte offenbar lügt, muß er ihn ruhig ausreden lassen und ihn erst nachher auf die offensbaren Unwahrheiten ruhig und eindringlich hinweisen. Die Überführung ist dann in der Regel leichter. Auch die Reuen soll der Richter ausgiebig zum Wort veranlassen und sie nur dann in freundlicher Weise auf den Kernpunkt der Vernehmung hinführen, wenn sie gar zu sehr abschweifen. Erst dann sind durch Fragen die Lücken der Aussage zu ergänzen. Eine zu ernste Verwarnung vor dem Meinen ist zwecklos und oft dazu geeignet, den Reuen zu verunsichern. Bei der Verkündung der Entscheidung und ihrer schriftlichen Begründung kann und soll der Richter die Dinge furchtlos beim richtigen Namen nennen, aber er muß sich dann hüten, zu starke Ausdrücke zu gebrauchen. Sie erwecken leicht den Schein der unrichtigen Beurteilung der Sachlage.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Widerverteilung des Friedens unter den streitenden Parteien ist es im Zivilprozeß und im Privatklagenverfahren die Pflicht des Richters, dahin zu streben, daß die Parteien den Streit durch einen billigen Vergleich beenden. Darum soll der Richter stets auf einen Vergleich hinwirken und in geeigneten Fällen selbst solche Vergleichsvorschläge machen, die ihm nach der genauen Kenntnis der Sach- und Rechtslage, die er besitzen muß, gerecht und billig erscheinen. Über einen Vergleich durch allerlei Mittelchen zu erzwängen, dazu darf der Richter sich nicht hergeben. Nur dann wird der Vergleich beide Parteien befriedigen, wenn es dem Richter gelingt, beide Teile davon zu überzeugen, daß ihren Interessen so am besten gedient ist.

Das sind einige Regeln, die von den Richtern stets streng beachtet werden möchten. Daß gegen diese Grundfätze die Richter verstoßen hätten, ist, bei der Beratung des preussischen Justizetat, soweit ersichtlich, nicht behauptet worden. Auch das alte Lied von der Weltfremdheit der Richter scheint hierbei nicht wieder vorgetragen worden zu sein. Es zieht nicht mehr, und die Juristen haben dagegen einstimmig und nachdrücklich Verwahrung eingelegt.

Desto eifriger ist das Thema der Politisierung der Gerichte behandelt worden. Einmal und allein die Behandlung sogenannter politischer Prozesse bildete, wie der preussische Justizminister ausdrücklich feststellte, den Gegenstand der von der linken Seite des Hauses vorgebrachten Beschwerden, also solcher Prozesse, an denen Personen, die sich als Politiker betätigen, in irgend einer Weise beteiligt waren. Die Justizbehörden wurden getadelt, wenn sie solche verdächtige Parteimänner nicht unter Verächtlichkeit ihrer guten Gesinnung und ihrer Verdienste um die sozialdemokratische Partei künstlich beurteilt hätten oder ihren Wünschen nicht genug entgegen gekommen wären. Das Ziel dieser Herren ist aber, daß fortan die vor Gericht erscheinenden Personen nicht ausschließlich nach dem vorliegenden Sachverhalt, sondern nach ihrer Parteistellung beurteilt werden sollen. Es soll eben an die Stelle sachlicher Gerechtigkeit eine nach der Parteistellung der betreffenden Personen sich richtende parteiliche Gerechtigkeit, also die objektive Gerechtigkeit beseitigt werden. Davor bewahre uns Gott! Nicht lange würde das Volk solche Ungerechtigkeiten ertragen. Reicher hat der Herr Justizminister diese Angriffe der Sozialdemokraten gegen die Justizbehörden nur recht schwächlich abgewehrt. Daß die Gerichte sich übrigens bei ihrer Rechtsprechung bisher durch die politische Stellung der vor ihnen erscheinenden Personen nicht beeinflussen lassen, dafür spricht der Umstand, daß sie in den Urteilen auch von der rechten Seite her wegen Entlassungen in politischen Prozessen harte Angriffe erfahren.

Statt die Politisierung der Gerichte zu betreiben, sollten die jetzt herrschenden Parteien mit Eifer darauf hinarbeiten, daß endlich der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch vorgelegt wird. Der bittere Tod hat uns unserer Rechtspflege, daß wir endlich ein Strafgesetzbuch bekommen. Das den modernen Strafrechtsanschauungen und dem heutigen Rechtsgefühl des Volkes entspricht. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch ist bekanntlich einst fertig gestellt. Warum bramat der sozialdemokratische Reichsjustizminister ihn nicht endlich vor den Reichstag?

Beratungen über die Reparationsfrage.

Antlich wird aus Berlin gemeldet: Staatssekretär Vergmann machte über die Anleihefrage am Dienstag vormittag in einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei Mitteilungen. Er berichtete über die Vorgänge in Paris. Die Aussprache, die sich angeschlossen wurde nachmittags in einer Kabinettsitzung fortgesetzt.

Von Maroffanern ermordet.

Aus dem französischen Besatzungsgebiet wird gemeldet: Das 19jährige Mädchen Frieda Gude aus Reibitz bei Wiesbaden, das am Sonntag mittag die elterliche Wohnung verlassen hatte, um an einer Feiertagsfeier in einem anderen Orte teilzunehmen, am Abend aber nicht zurückkehrte, ist am Montag auf einem Acker tot aufgefunden worden. Es wies Erdrückungsmerkmale auf. Außerdem ergab sich, daß es vergewaltigt worden ist. Ein Polizeihund, der am Fundort angefaßt wurde, lief wiederholt in das Schloss Reibitz, wo eine aus Maroffanern bestehende französische Besatzung liegt. Außerdem beobachteten mehrere junge Leute, daß zwei Maroffaner am Sonntag nachmittag sich in der Nähe des Fundortes der Leiche in verächtlicher Weise umhertrieben. Bei Gegenüberstellung mit sämtlichen Soldaten erkannten die jungen Leute die zwei Maroffaner wieder, die darauf von der französischen Behörde verhaftet wurden.

Freispruch im Prozeß Killinger.

D. Offenburger, 13. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Reuenerverhör im Killingerprozeß wurde heute vormittag beendet. Es wurde noch vernommen der Zeuge Herbert Müller über einen an den Angeklagten gerichteten Brief, dessen Inhalt er auf das Bestimmteste in Worte stellt. Ferner als letzter Zeuge Herr von Frinckh, der sich bei seiner Aussage, wann er Schulz und Tilleisen zum letzten Male gesehen habe, in Widersprüche verwickelte. Dann legte der Vorsitzende den Geschworenen folgende Fragen vor:

1. Mit der Angeklagte Manfred Killinger schuldig, dem Kaufmann Hermann Schulz aus Saarfeld und dem Oberleutnant Heinrich Tilleisen aus Köln-Weidenhof, nachdem sie den Reichstagsabgeordneten Matthias Erberger am 28. August 1921 bei Griesbach gemeinschaftlich durch mehrere Pistolenschläge vorzüglich und mit Überlegung getötet hatten, wissentlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen und den Tötungen diesen Beistand vor der Vernehmung der Tat zuzugestehen zu haben?

2. Mit der Angeklagte Manfred Killinger schuldig, dem Kaufmann Hermann Schulz aus Saarfeld und dem Oberleutnant Heinrich Tilleisen aus Köln-Weidenhof, nachdem sie den Reichstagsabgeordneten Matthias Erberger am 28. August 1921 bei Griesbach gemeinschaftlich durch mehrere Pistolenschläge vorzüglich und mit Überlegung getötet hatten, wissentlich Beistand geleistet zu haben, um sie der Bestrafung zu entziehen?

Darauf erging der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Burger, das Wort. Er wies darauf hin, daß bei Vernehmung der Schuldigen die Polizei unter allen Umständen ausgeschaltet werden müsse und nur die reinen Verstandesfragen beachtet werden dürfen.

Nach einer Beratung von 10 Minuten lautete die Antwort der Geschworenen auf die erste Frage: Nein. Auf die zweite ebenfalls: Nein. Der Vorsitzende verkündete dann die Freisprechung des Angeklagten.

Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt; auch der Gerichtssaal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das Urteil wurde mit unterdrückten Beifallsäußerungen aufgenommen. Die Maidohers dauerten ungefähr 4 Stunden.

Es wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft gegen alle Redakteure, die über den Prozeß einen Vorbericht gebracht hatten, ein Strafverfahren eingeleitet hat. Hauptbeschuldiger soll Redakteur Franz Huber vom „Offenburger Tagblatt“ sein. Dieses Blatt hat am 2. Juni Teile der Anklageschrift veröffentlicht, was nach § 17 des Reichspressgesetzes nicht zulässig ist. Aufständisch für die Beurteilung ist das Landgericht bzw. Schwurgericht des Wohnortes des betreffenden Redakteurs.

Kommunistische Umtriebe in Mittelddeutschland.

Wie das „Raumburger Tageblatt“ meldet, bereiten die Kommunisten im mitteldeutschen Bergbauggebiet eine neue Bewegung vor. Kommunistische Agitatoren bereisen ganz Mittelddeutschland und verbreiten die Nachricht, daß die Unternehmer einen Lohnabbau durchsetzen wollen. Hiergegen fordert die kommunistische Parteileitung einen Vorstoß unter der Parole: Sofortige Lohnerhöhung. Die kommunistischen Betriebsräte des Reicher Kohlenreviers forderten eine Konferenz aller im mitteldeutschen Bergbau tätigen Betriebsräte. Auch die Betriebsräte des Bornaer Braunkohlenbezirks haben sich für eine derartige Konferenz ausgesprochen.

In Magdeburg ist in der Nacht zum Dienstag auf dem Hauptbahnhof ein Eisenbahnüberwachungsbeamter von Leuten, die von den Lokomotiven die Muttern abschrauben wollten, erschossen worden. Die Täter sind bisher nicht ermittelt. Ob es sich dabei um einen Diebstahlsversuch oder um ein geplantes Eisenbahnattentat handelt, ist aus der Meldung, die von dem Vorfall berichtet, nicht ersichtlich.

Frankreich geht nach dem Haag.

* Paris, 13. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Frankreich wird nach dem Haag gehen. Am Schluß des heutigen Ministerrates wurde folgender offizieller Bericht ausgegeben: Da die nächste Konferenz im Haag gemäß den französischen und englischen Noten einen rein technischen Charakter haben soll, und alle Beschlüsse nur ad referendum gefaßt werden sollen, beschloß der Ministerrat, eine Studienkommission nach dem Haag zu entsenden. Die Sachverständigen, aus denen diese zusammengelegt sein wird, sollen später bekannt gegeben werden. Die ganze Angelegenheit wird übrigens noch von der Kammer debattiert werden.

denn der offizielle Bericht fügt hinzu, da die für die Konferenz von Genoa bewilligten Kredite noch einen bedeutenden Rest aufweisen, soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, wonach ein Teil dieses Restes für die Entsendung von Sachverständigen nach dem Haag verwandt werden soll. Auf diese Weise ist der Kammer Gelegenheit gegeben, sich über die Frage auszusprechen. Es kann aber mit Sicherheit angenommen werden, daß die Kammer dem Beschluß faßen wird, Kredite für die Haager Konferenz zu bewilligen, und damit auch den Beschluß, daß die Konferenz von Frankreich beischiedt werden soll.

Vom Tage.

o-o. Vom Kippur müßte erst gefeiert werden, wenn wir mit den Franzosen ins Reine kommen sollten. Ihrerseits aber stehen dem jüdischen Brauche des alttestamentarischen Versöhnungstages Gindernisse entgegen, die unüberwindlich scheinen, obwohl Herr Mayer, der sich des französischen Vertrauens erfreut, gewiß sein Bestes dazu tut. Wir haben nämlich einen Gefandten dieses Namens in Paris. Seit Monaten hört und sieht man nichts mehr von ihm. Staats- und Unterstaatssekretäre laufen zwischen Berlin und Paris hin und her, täglich wird verhandelt, telegraphiert, beraten, berichtet; nur von Mayer ist es still geworden, sodaß manche von denen, die sich seiner noch entsinnen, die bange Frage stellen: Lebt er noch? Wo steht er? Was macht er? Die Neunmalklugen aber meinen: Das sei der einzige, der wirklich etwas tue, während die anderen nur von sich reden machten; mit den Diplomaten gehe es, wie mit den Frauen: die besten seien die, von denen nicht gesprochen werde. Wort und Tat, das ist doch zweierlei. Würde das allerseits eingesehen und ehrlich anerkannt, so läge eine Verständigung nicht außerhalb der Möglichkeiten. Da hat z. B. Herr Poincaré, wie ausländische Blätter erzählen, die Notiztasche voll deutscher Zeitungs- und Broschüren, die er, so oft ihm die Friedlichkeit des deutschen Volkes vorgehalten wird, herauszieht und vorliest: die alte Leier von Gambetta, die in Deutschland nachklingt, daß man immer daran denken und nie davon reden solle. So was anzuführen ist doch reine Bosheit. Als Menschenkenner, wie der verantwortliche Sachwalter des Metallurgischen Syndikates einer sein muß, weiß Herr Poincaré doch zweifellos, daß, wer immer davon redet und schreibt, nicht ernstlich daran denkt, sonst würde er's nicht ausposaunen. Gerade die Blütenlese deutscher Schriften, die der französische Ministerpräsident benützt, um seine Landsleute bei der metallurgischen Stange zu halten, bringt den Beweis, daß in Deutschland mehr gebellt als geissen wird. Sollte uns Gambetta als Vorbild dienen — was ja Geschmackssache ist — so wäre es immerhin ratsamer, ihm sein anderes vielgenanntes Wort zu entleeren: das von der „immanenten Gerechtigkeit der Dinge“, das er zur frieblichen Wahlparole 1876 und 1877 ausgehört hat. Dabei läßt sich doch etwas denken, für uns sogar mehr als weiland für die Franzosen. Noch besser wäre es freilich, wir behielten unsere Gefühlse ganz für uns und verrieten nicht die Geistesarmut, rhetorische Anleihen bei einem Gegner zu machen, der sich nach 1870 doch in anderer Lage befand als wir anjetzt. Sorgt der Franzose dafür, daß unsere Gefühle nicht erlöchen, so ist dies seine Sache. Jedes Wort ist da zuviel, und bei dem wechselseitigen Mißtrauen geht es uns nur wie dem Binje Grobtuch, von dem uns Manuel Schnitzer in seinem „Nabbi Rach“ erzählt: Binje Grobtuch traf am Kom Kippur seinen erbittertsten Gegner Jossel Fenchelamen in der Vorhalle des Tempels, reichte ihm die Hand und sprach: „Ich hab' Dir manches Unrecht getan und manchen Verdrüß zugefügt, und Du hast das alles an mir getan. Aber heute am Tage der Versöhnung wünsch' ich Dir, was Du mir wünschst!“ Da fuhr der Fenchelamen auf: „Fangste schon wieder an...?“

* Kapp t. Mit dem gestern in Leipzig erfolgten Tode des Generallandschaftsdirektors a. D. Kapp ist ein Mann dahingegangen, dessen Name in den letzten Jahren in der Presse wie im Tagesverkehr der Menschen viel, vielschicht über Gebühr oft genannt worden ist. Der als 63jähriger nach einer schweren Augenoperation Gestorbene war als Sohn eines aus der Heimat geflohenen Achtundvierzigers, eines wackelhaften Demokraten in Amerika geboren, hatte aber später deutsche Schulen und Hochschulen besucht und war als Landrat, Weichhauptmann und Vortragender Rat ein durchaus rechtsgerichteter Mann, ohne indessen sich einer Parteischablone anzupassen. Als Leiter der ostpreussischen Generallandschaft wurden ihm große Verdienste zugeschrieben. Auf politischem Gebiete, dem er sich besonders während des Krieges zuwandte, zeigte er keine glückliche Hand, weder in der Wahl der Mittel bei seinem Streit mit Bethmann Hollweg, der zu scharfen persönlichen Zusammenstößen im Reichstage wie außerhalb des Hauses führte, noch in dem Versuche einer Gegenrevolution, dem nach ihm benannten Putsch aus dem Jahre 1920, der wegen seiner überaus mangelhaften Vorbereitung und wegen des Fehlens geeigneter Führer berunglückte mußte. Sehr viele derjenigen, die jene Erhebung anfänglich begrüßten, weil sie aus ihr Gutes für das Vaterland erhofften, mußten bald erkennen, daß sie einer verlorenen Sache sich geopfert hatten. Kapp ging der ihm drohenden Gefahr für Leben und Freiheit durch die Flucht nach Schweden aus dem Wege und stellte sich erst den ordentlichen Richtern, als er verurteilt, daß in den inzwischen erfolgten Prozessen die Wahrheit nicht zu ihrem Rechte gekommen sei. Er wollte die Rolle, die ihm als dem Führer des Putsches angefallen war, vor den Schranken des Reichsgerichts vertreten. Nun ist es anders gekommen. Als Schwerkranker hat er deutsche Ärzte mehr beschäftigt als deutsche Richter, und trotz ihrer Wissenschaft ist er gestorben, ohne seinen Prozeß zu Ende gebracht zu haben. Auch seine Gegner müssen ihm zugestehen, daß er sich aus vaterländischen Beweggründen habe leiten lassen. Daß er falsche oder ungenügende Mittel für richtig und ausreichend hielt, war ein Fehler, der den Staatsmann, nicht den Menschen in ihm trifft. — Die Leiche des Verstorbenen wird von Leipzig nach Pilsen bei Preussisch-Neudau zur Beisetzung gebracht werden.

A-aa

§§ Wie ließe sich der verfahrenere Karren unserer Wirtschaft aus dem Sumpfe ziehen? Einen Vorschlag zur Güte macht das preussische Wohlfahrtsministerium, indem es dem Landtage eine Denkschrift über das Arbeitsgebiet, die Organisation und den Haushalt des zu errichtenden Staatl. Instituts für Arbeitswissenschaft und Gewerbehygiene in Berlin übermittelt. Die Schaffung eines solchen Instituts ist in einem im Hauptauschuß von allen Parteien des Hauses bei der Beratung über den Haushalt des Wohlfahrtsministeriums gestellten Antrage gefordert worden. Aufgabe des Instituts wäre, das gesamte bisher von Wissenschaftlern erarbeitete Material an psychologischen Untersuchungsmethoden und Prüfungsergebnissen zu sammeln, zu verarbeiten und durch eigene Arbeiten zu ergänzen, und so etwa vorhandene Lücken in dem Gesamtgebiete der angewandten Psychologie auszufüllen. Der Erfolg eines derartigen Instituts erscheint nach Ansicht des Verfassers der Denkschrift gesichert, wenn der Staat das ihm von der „Gesellschaft für experimentelle und angewandte Psychologie“ kostenlos zur Verfügung gestellte Institut für angewandte Psychologie in Berlin übernimmt und gleichzeitig dem derzeitigen Leiter dieses Instituts, Dr. Liepmann, die fernere Leitung überträgt.

Während die angewandte Psychologie als persönliches System jedes einzelnen Menschen zugleich mit der Entstehung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschheit entstanden ist, kann die Wissenschaft der angewandten Psychologie als eine Errungenschaft unserer Tage gelten. Zunächst befaßte sich die experimentelle Psychologie bei uns nur mit Versuchen, die dem praktischen Leben völlig fern standen. Die praktische Psychologie wurde zuerst hauptsächlich in Amerika betrieben, und zwar im Lohrloshystem, das große wirtschaftliche Erfolge aufweisen konnte, durch die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diese Wissenschaft gelenkt wurde. In allen Ländern entstand dadurch entwicklungsmäßig der Gedanke an eine Auswertung individueller menschlicher Leistungsmöglichkeit. Das Wirtschaftsleben wandte sich an den Psychologen, bald war die praktische Psychologie zu einem Arbeitsgebiet geworden, auf dem die Größe der Probleme für den Praktiker Ausmaße nahm, die ein gewissenhaftes und verantwortungsvolles Arbeiten außerordentlich erschwerten. Es fehlte noch an genügend wissenschaftlich ausgebildeten Untersuchungsweisen und Resultaten, und es wandten sich der Wissenschaft Personen zu, die lebhaft im Interesse der Arbeitgeber ihre Systeme ausbildeten; das schuf dem neuen Verfahren manche Gegner. Einige Universitätsinstitute suchten sich zwar den praktischen Anforderungen anzupassen, auch sind überall kommunale und provinzielle Einrichtungen getroffen worden, Berufsberatungsstellen und Anstaltsbüros. Aber alle diese Einrichtungen arbeiteten nebeneinander ohne die Möglichkeit einer Vermittlung, eines Austausches und einer Arbeitsteilung, indessen eine Vergewandtheit wertvollster Leistungen und Arbeitskraft stattfand. Diejem Selbststand soll das neu zu errichtende staatliche Institut abhelfen.

Die Erfolge der angewandten Psychologie für den Arbeitgeber sowohl wie für den Arbeitnehmer sind heute schon so deutlich und vielversprechend, daß eine Förderung dieser Wissenschaft mit allen Mitteln als ein Gebot der Stunde zu betrachten ist. Die angewandte Psychologie muß zu einem Mittel werden, das zunächst und vor allen Dingen eine Volkswirtschaftslehre erstrebt, bei der nicht der kurzdauernde Arbeitserfolg das Ziel der Untersuchung ist, sondern bei der der Arbeiter als Mitglied der sozialen Gemeinschaft anstatt der marginalen die optimale Leistung vollbringt. Eine Höchstleistung also, die bestimmt ist, durch die physiologisch geborene beste Leistungsmöglichkeit ohne gesundheitlich schädliche und lebensverkürzende Überanstrengung. Die wissenschaftliche Untersuchung individuell-menschlicher Leistungsmöglichkeiten und die individuelle Berufslaufbahn und Berufszuweisung liegt also ebenso im Interesse des Unternehmers wie im Interesse des Arbeiters. Dem Tahlorshystem steht ja der deutsche Arbeiter als einer Entfremdung des „kapitalistischen Geistes“ noch mißtrauisch gegenüber; die Zahlen, die aber aus Amerika vorliegen, beweisen, daß, in allen Betrieben, in denen nach diesem System gearbeitet wird, bei gleichen Unkosten und bei gleicher Zahl an Arbeitskräften ein dreis- bis vierfacher Gewinn bei bisseren Verkaufspreisen und bei einer besseren Bezahlung der Arbeiter bis zu 60 Prozent erzielt worden ist. Auch im Kriege hat uns der Vorkurs, den Amerika in der Anwendung des physiologischen Verfahrens hatte, unermesslich geschadet. Die nach diesem System ausgewählten Soldaten waren äußerst leistungsfähig und die amerikanische Kriegsindustrie war mit Hilfe des Tahlorshystems in der Lage, ihre Produktion enorm zu steigern. Dabei haben die Amerikaner zum Teil schon nach deutschen Untersuchungsmethoden gearbeitet, obwohl diese bei uns praktisch verworfen wurden. Im amerikanischen Tagelohn zum Beispiel ergab sich nach Durchsührung deutscher Vorschläge eine Mehrleistung von 50 von Hundert, bei geringerer Ermüdung und besserem Verdienst der Arbeiter. Auch die Beförderung der Arbeitszeit fällt ja zum Teil mit in dieses Gebiet. Durch die angewandte Psychologie könnte hier also jede durch die längere Arbeitszeit etwa bedingte Verminderung der Produktion ausgeglichen werden. Dazu wäre aber unbedingt nötig — und darauf fehlt leider jeder Hinweis in der Denkschrift — daß der deutsche Arbeiter seine ganze Kraft und sein Interesse seiner Arbeit widmet, daß er erkennt, daß die Übung und Förderung des Betriebes, in dem er arbeitet, der ihm sein Brot gibt, in seinem eigenen Interesse liegt, daß seine Interessen auf das engste mit den Interessen des so „verhaßten“ Kapitalismus verknüpft sind. Nur dann können wir, wenn unsere Volkswirtschaften einmal wieder gehobelt sein sollten, auf dem Weltmarktkonkurrenzfähig bleiben.

In der Denkschrift wird dann weiter ausgeführt, daß die neue Wissenschaft schon in der Schule seit längerer Zeit praktisch angewandt wird in der Einteilung der Klassen für Schulpflichtige und jetzt auch für Hochbegabte. Trotz aller dieser Verbesserungen muß aber die Vermehrung des Nutzeffekts der Arbeit durch individuelle Ausnutzung der Energiequelle der menschlichen Arbeit in weit höherem Maße erreicht werden. Wie bei Pflanzen und Tieren durch systematische Züchtung von Einzeligenschaften enorm lebenswichtige Produkte (alle Früchte und Körner, die eigentlich nur eine Nebenerscheinung im Werdengang der Pflanzen darstellen) erzielt worden sind, muß auch beim Menschen, bei dem doch die Entwicklungsmöglichkeiten durch seine geistige Überlegenheit ganz bedeutend größer und vielseitiger sind, durch individuelle Behandlung eine höhere Leistung erzielt werden. Es muß aufhören, daß Zufall, wirtschaftliche und soziale Lage oder der Verfall des Alters die Gesichtspunkte bilden, nach denen die Berufswahl getroffen wird. Nur wer seinen Beruf voll und ganz erfüllt, kann innere Zufriedenheit empfinden.

Zum Schluß werden dann noch einmal die Aufgaben) zusammenge stellt, die das Institut zu erfüllen hat. Es soll u. a. das schädliche und hemmende Nebeneinanderarbeiten verschiedener Stellen verhindert werden. Neue Ergebnisse sollen geprüft werden, ein einheitliches Fortschungsprogramm soll aufgestellt werden, geeignete Parallelmethoden zwischen den verschiedenen Prüfstellen sollen ausgetauscht werden. Damit verhindert wird, daß den Prüflingen immer dieselben Aufgaben gestellt werden, auf die sie sich vorbereiten können. Die Prüfung soll keine Kenntnisprüfung darstellen, sondern die Funktionsfähigkeit des Geistes und der Organe sollen geprüft werden. Vor allem sollen die soziale, politischen und volksgesundheitlichen Gesichtspunkte zu einem größeren Bestandteil der Wirtschaftsa- und Gewerbehygiene werden. Auch dem Volkssport als Ausgleich für gesundheitliche Ermüdung soll besonders Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Es werden dann noch einige Bemerkungen über das Institut der Gesellschaft für experimentelle und angewandte Biologie angefügt. Es ist das einzige Institut, nicht nur in Deutschland, sondern wahrscheinlich in der ganzen Welt das bereits über Jahrzehnte lange Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügt. Es hat seine Untersuchungen stets mit möglichst einfachen Apparaten gemacht, und in dieser Richtung soll auch fortgeschritten werden. Das Institut steht der Medizinischen Fakultät unterstellt und den beiden Komplexen der gewerbeschulentechnischen, volksgesundheitlichen und ähnlicher Gesichtspunkte.

punkte bearbeiten. Der gewerbeärztliche Ausschussbeamte hat nach physiologischen und psychologischen Gesichtspunkten für gefährliche Arbeiten Individuen auszuwählen, die infolge ihrer seelischen und körperlichen Verfassung dafür besonders geeignet sind, und mit natürlichen und gut einwirkenden Schutzmitteln ausgestattet sind. In Gewerben, die zu chronischen, unheilbaren, aber das Leben nicht gefährdenden und sehr langsam fortschreitenden Erkrankungen Veranlassung geben, muß ein Arbeiterwechsel möglichst vermieden werden, damit nicht immer neue Personen geschädigt werden. Als unökonomisch wird bezeichnet, wenn a. B. in unmittelbarer Nähe der Hammermühle eines Betriebes andere Arbeiter nicht gegenläufige Arbeiten ausführen, weil auch diese Arbeiter dann der durch das fortwährende Dröhnen der Hammerschläge hervorgerufenen Schwerhörigkeit ausgesetzt werden. Zuletzt sucht der Verfasser der Denkschrift dann noch darzulegen, daß Dr. Siepmann die einzige geeignete Persönlichkeit für die Leitung des Instituts sei.

* Der sozialdemokratische Wiener Preisarbeiter-
rat hat sich am 10. d. M. mit der politischen und wirtschaft-
lichen Lage Österreichs beschäftigt und nach einem Referat des
früheren Staatssekretärs des Äußeren Dr. Otto Bauer eine
Entscheidung gefaßt, in der „die proletarischen Parteien“ auf-
gefordert werden, „im Fall des Scheiterns der gegenwärtigen
Kreditverhandlungen Österreich den Kampf um den
wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland
wieder aufzunehmen“. Über diese Frage hat Dr. Bauer
in seinem Referat folgendes ausgeführt:

Der politische Anschluß an das Deutsche Reich ist uns durch den Friedensvertrag verboten, aber unsere Währung nach unserem Bedürfnis zu regeln, verbietet uns der Friedensvertrag nicht. Wir können also, wenn die Verhandlungen mit der Morgengruppe scheitern sollten, an die deutsche Regierung herantreten, sie möge eine Notenbank in Deutschösterreich errichten, um sie mit einem Fonds von Papiermark auszustatten, der unsere Kronennoten beinahe vollständig bedeckt. Dazu wären etwa acht Milliarden Mark erforderlich, ein Betrag, den das deutsche Privatkapital aufbringen könnte, für das es ein Privileg der Notenummission in Deutschösterreich bekäme. Die Bank würde die Verpflichtung übernehmen, jedermann auf Verlangen Kronen zu dem gesetzlich fixierten Austauschverhältnis gegen Mark umzuwechseln. Die Krone könnte daher nicht mehr unter den ein für allemal gesetzlich festgelegten Bruchteil einer Mark sinken. (?) Der Druck weiterer Banknoten müßte allerdings ausgeschlossen sein, weshalb das Deutsche Reich uns gleichzeitig einen einmaligen Kredit im Betrage von vier Milliarden Mark zur Deckung des Defizits unseres Staatshaushalts zur Verfügung stellen müßte, damit wir Zeit gewinnen, das Gleichgewicht im Staatshaushalt ohne Inanspruchnahme der Banknotendruckerei herzustellen. Die Krone wäre dann an den Markkurs gebunden und würde nur fallen, wenn die Mark fällt. Die Gefahr einer völligen Wertvernichtung wäre beschworen; denn die Mark kann nicht völlig untergehen. Für das Deutsche Reich wäre das freilich ein Opfer, aber eine weitbildende deutsche Politik kann nicht ruhe aufsehen, wenn das deutsche Land Österreich wirtschaftlich völlig zugrunde geht. Denn, wenn hier die Katastrophe der Wertvernichtung der Krone mit allen ihren unermesslichen sozialen und politischen Folgererscheinungen käme, dann würden auf unserem Boden durch fremde Marionette Kämpfe geschlagen, die dem Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland weit größere Hindernisse entgegentürmen würden, als die Paragraphen der Friedensverträge. Eine solche Währungsunion zwischen Deutschösterreich und Deutschland würde wohl auf den Widerstand des französischen Imperialismus stoßen, aber trotzdem müßte meines Erachtens mit Deutschland darüber verhandelt werden, ob es, falls die Entente keinen Einspruch erhebt, uns auf diese Weise der deutschen Währungsgemeinschaft anschließen bereit wäre. Wenn die gegenwärtigen Kreditverhandlungen zu keinem schnellen Ergebnis führen, dann droht uns die Gefahr einer so schweren ökonomischen und sozialen Krise, daß es selbst für die Entente eine moralische Unmöglichkeit sein wird, uns dem Weg zur deutschen Hilfe zu verbieten, ohne uns selbst zu helfen.

Es entbehrt nicht der Rifikanterie, den aus einer reichen, jüdischen Fabrikantenfamilie stammenden jetzigen Kaiser des Kapitalismus das deutsche Privatkapital unter Verprechung besonderer Privilegien um Hilfe aus den Nöthen bitten zu sehen, in die Oesterreich durch ihn und seine Spiegelgesellen gestürzt worden ist. Im übrigen ist es doch sehr zweifelhaft, ob die französischen Chaubinisten einem solchen Plane, wie ihn Bauer entwickelt, ihre Zustimmung erteilen würden — ganz abgesehen davon, daß ein derartiges Anstalten Oesterreichs von deutscher Seite sehr gründlich geprüft und erwogen werden mußte.

— Der deutsch-dänische Staatsangehörigkeitsvertrag, dem der Reichstag schon zugestimmt hat, enthält bezüglich der Option eine folgende beachtenswerte Bestimmungen: 1. Nach Artikel 112 des Vertrages vom Versaillies erwerben Deutsche, die am 15. Juni 1920 ihren Wohnsitz in dem an Dänemark abgetretenen Nordfriesland gewöhnlich hatten und sich dort schon vor dem 2. Oktober 1918 niedergelassen haben, von Rechts wegen die dänische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen und können für Deutschland optieren. Die Frist dieser Option läuft nach Artikel 8 des deutsch-dänischen Staatsangehörigkeitsvertrages bis zum 31. Dezember 1922. Artikel 1 Nr. 4 dieses Vertrages bestimmt jedoch, daß diejenigen am 15. Juni 1920 im abgetretenen Gebiet wohnhaft gewesenen Deutschen, die bei Inkrafttreten des deutsch-dänischen Vertrages — das Inkrafttreten steht unmittelbar bevor — ihren Wohnsitz bereits nach Deutschland verlegt haben, ohne Optionserklärung als Deutsche Reichsangehörige zu betrachten sind. 2. Deutsche Reichsangehörige, die in dem an Dänemark gefallenem Gebiet geboren sind, und nicht schon nach Artikel 112 des Vertrages vom Versaillies auf Grund ihres Wohnsitzes in jenem Gebiet am 15. Juni 1920 die dänische Staatsangehörigkeit erworben haben, können für Dänemark optieren. Die Optionserklärung muß bis zum Ablauf des 14. Juni 1922 bei der dänischen Behörde eingegangen sein.

— Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Durch die immer wieder auftauchenden Gerichte über die angeblich Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und in den französischen Kolonien veranlaßt, hat die Deutsche Botschaft in Paris erneut eine amtliche Erklärung hierüber von der französischen Regierung erbeten. Aus der französischen Antwort geht hervor, daß sich außer den nach Artikel 218 und 219 des Versailler Vertrages wegen Verbrechen zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen keine weiteren Kriegsgefangenen in Frankreich oder in seinen Kolonien und Protektorate befinden. Die noch in Frankreich zurückgehaltenen 28 deutschen Kriegsgefangenen sind der Deutschen Regierung namentlich bekannt und Gegenstand ihrer dauernden Fürsorge. Sie stehen mit ihren Angehörigen in dauernder Verbindung.

— Der in Braunschweig versammelte reichsdeutsche Mittelstandstag nahm einstimmig folgende Entschliessung an: Der reichsdeutsche Mittelstandverband und der reichsdeutsche Schenverband für Handel und Gewerbe werden von dem reichsdeutschen Mittelstandstag dringend erjudet, ein Kartell aller schaffenden Stände anzustreben, und die Verhandlungen, die früher in dieser Richtung angeregt wurden, wieder aufzunehmen und einem baldigen Abschlusse zu bringen. (S. 8. N.)

Die Kirchenverfolgung in Rußland. Das Präsidium der Russischen ausübenden Komitees hat die Todesstrafe verhängt für die wegen Widerstandes gegen die Enteignung der Kirchen

W. Bern, 11. Juni. Am Sonntag hat die schweizerische Volksabstimmung über die drei Volksbegehren auf eine Teilrevision der Bundesverfassung stattgefunden. Die erste Initiative erstrebt eine Einschränkung der Einbürgerung, die nur erteilt werden sollte, wenn ein Ausländer im Laufe der letzten 15 Jahre während wenigstens 12 Jahren seinen Wohnsitz in der Schweiz hatte, während nach dem Gesetz von 1920 ein Aufenthalt von 6 Jahren genügte. Die zweite Initiative wollte die Ausweisungsbefugnis des Bundes erweitern, indem der Bundesrat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben sollte, Ausländer, welche die innere oder äußere Sicherheit der Schweiz gefährden, auszuweisen. Als neuer Ausweisungsgrund wurde die Gefährdung und Beeinträchtigung der schweizerischen Volkswirtschaft angeführt. Die dritte Initiative wollte den vom Bundesrat gewählten Staatsbeamten und Angestellten das Recht zuerkennen, Mitglieder des Nationalrats zu werden. Alle drei Anträge wurden mit großer Mehrheit bei einer Stimmbeteiligung von 48 Prozent verworfen.

N. H. Audermarkt. Nach Freilassung der Ausfuhr ausländischen Zuckers ist die Umstellung der deutschen Audermärkte schnell erfolgt. Dieses prompte Eingehen auf neue Verhältnisse beweist mehr als alle theoretischen Erörterungen, daß es nur notwendig ist, die Möglichkeiten für den Verkehr zu schaffen, der dann auch sofort Werk von ihnen nimmt. Eine seit Jahren nicht gewohnte Beherrschtheit beherrscht den Markt. Der deutsche Sachhandel ist dabei, die alten internationalen Beziehungen von neuem aufzunehmen, die allerdings insofern eine grundlegende Veränderung erfahren, als es heute gilt, den deutschen Verbrauchern Zucker vom Auslande zu verschaffen, während es früher die Aufgabe der deutschen Audermärkte war, neben der Versorgung des Inlandes im entsprechenden Zahlenverhältnis den überschüssigen Zucker ins Ausland zu führen. Die Nachfrage nach jedem Zuckersortimente, ob vom Inlande, ob vom Auslande kommend, ob Inlandszucker, der früher über die Grenze gegangen und hierher zurückgeführt ist, war gleichmäßig groß. Der größere Absatz von Hamburger Freihafen Lagernd, fand weiter schnellste Umlaufzeit. Selbst auf Sicht wurden bereits ansehnliche Posten erworben. Wieder waren es zur Haupttheile Angebote in granulirtem Zucker von Amerika her, die glatte Aufnahmefanden. Die zuletzt geäußerten Preise für Auslandszucker schwanken zwischen 15 1/2 % und 16 % für das Pfund. Besonders theilhaft an den Erwerbszuckerausländischen Zuckers war die deutsche Zuckerverarbeitungsindustrie, die fortlaufend bestrebt ist, sich einzubeden. In Inlandszucker Verkehr zu Zucker war die Nachfrage unvermindert stark. Das Angebot dieses hinter dem Begehr zurück im Kleinhandel besteht noch immer kein einseitiger Preis, und die Waare ist noch immer knapp. Ein Ausgleich kann erst mit der Zeit geschaffen werden. In Zuckermarkt bestand nur geringes Geschäft bei ziemlich unveränderten Preisen. Für die weitere Entwicklung der Zuckerrüben ist der baldige Eintritt durchdringender Regenfälle einwirkend.

L. Semburger Kolonialmarkt. Das Geschäft auf dem Kaffeemarkt nach den Vortagen nur langsam in Fluss. Durch die vielfältige Warenunterbrechung war die Lage recht unfruchtbar geworden, so dass weder der inländische Konsum, noch der Masshandel genügt waren, größere Verschickungen einzugehen. Zudem wirkten die Pariser Antiebertverbündungen lähmend auf den Verkehr. Erst im Verlaufe der Woche nahm die Unternehmungslust wieder zu. Das Inland befuhrte wieder ein lebhaftes Interesse für verzollte Rohware, und es wurden auch größere Umschläge erzielt, wobei verzollter Santos superior mit 81—82 μ das Pfund um verzollte Extra-Primes mit 84—86 μ das Pfund bezahlt wurden. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wochen blieb aber doch der Verkehr wesentlich zurück. Im Verkehr mit den Erzeugungsländern blieb die Geschäftslage gleichfalls ruhig. Brasilien stellte seine Forderungen wiederholt um 6 Pence herauf. Trotzdem kamen mit Brasilien vereinigt Umschläge zum Inlande, da eine Auffüllung der fast gänzlich leeren Hamburger Kreditanlägen mit Umladungsware dringend erforderlich ist. Immerhin beschränkten sich die Umschläge auf kleinere Partien von Santos superior-Kaffee, denn durch die erneute Verschlechterung der Weichsmark stellt sich Umladungsware im Preisrecht hoch. Vorübergehend wurden auch zentralamerikanische Kaffees vom Inlande angefordert, wobei die geläufigsten Sorten mit 66—70 μ das Pfund um bezahlt gehandelt wurden. — auf dem Saftmarkt ging es, soweit Rohware in Frage kommt, recht lebhaft zu. Es wurden größere Mengen verzogelter Ware, deren Festände sich fast gänzlich haben, zu hohen Preisen umgesetzt. Von den Erzeugungsländern lagen zum Teil billiger Angebote vor. Bahia superior Juni/Juli-Umladung wurde mit 51 Schilling angeboten. Bahia good fair mit 47 Schilling und Bahia fair fermented mit 48 $\frac{1}{2}$ Schilling. Trinidad Plantation wurde zu 58 Schilling Aofftraat offeriert. Thome superior Umladungsware war aus anderer Sand zu 64 $\frac{1}{2}$ Schilling erhältlich. — Auf dem Weichsmarkt war das Geschäft in den ersten Tagen der Woche sehr still. Aufträge vom Inlande fielen fast gänzlich, doch hielt sich auch das Angebot in engen Grenzen, so dass die Preislage sich behauptet blieb. Als sich im weiteren Verlaufe die Weltmarktpreise bessigten und dementsprechend auch ein Anziehen der Kolonothener zu erwarten stand, schritten sowohl die Spekulanten als auch der Konsum zu Deckungs- und Rebarschlägen. Sofort lieferbar Burma-Reis wurde mit 14 Schilling 6 Pence, Juli/August-Lieferung mit 14 Schilling 7 $\frac{1}{2}$ Pence, noch spätere Lieferung mit 14 Schilling 9 Pence bezahlt. Vorübergehende kleinere Abgänger schwacher Eigenen blieben auf dem Markt einflusslos. Dagegen wurde die Stimmung weiter befestigt durch die hohen Angebote der Produktionsländer. Besonders der Osten stellte wesentlich erhöhte Forderungen infolge größerer Käufe Chinas. Burma-Brudreis, der gleichfalls vom Inlande angefordert wurde, stellte sich auf 11 Schilling 10 $\frac{1}{2}$ Pence für sofort lieferbar Ware und auf 12 Schilling für Juni/Juli-Umladung. — Der Gewürzmarkt zeigte eine gut behütete Haltung. Angesichts der äußerst geringen Vorräte hielten die Abgeber fest am Preis. Auf der anderen Seite hielt sich aber auch der Bedarf des Inlandes ausgetriggten Grenzen. Es notierte für 1 μ lo: Schwarzger Pfeffer 77 μ , weißer Pfeffer 111 μ , Riment 45 μ , Macisnüsse 140—150 μ , Nüssen 205 μ , Javan Ingwer 90 μ , Ranebl je nach Beschaffenheit 140—180 μ , Riment 65—90 μ ganzer und gemahlener Kardamom 250 μ , Rimmel 57 μ .

3. Nord- und Südseefischer Holzmarkt. Es laßt sich zuerst auf dem deutschen Holzmarkt das Gefühl einer Unübersichtlichkeit, des Protagismus, Schwebens und Verunsicherung in gleichem Maße feststellen. Die fortschreitenden Schwankungen auf den Weltmärkten machen jede Berechnung unmöglich. Allgemein wird jetzt der überlegene Ausdruck gegeben, daß seitliche Preissteigerungen und Abschwüchlichkeiten sind. Trotz der Zurückhaltung, die beobachtet wird, fehlt es nicht an Umsätzen in denjenigen Warengruppen, die bringen, wenn auch in verhältnismäßig bescheidenen Mengen, gebracht werden. So, z. B. wurden 23 Millionen starke Sophtreter noch im April verkauft. Allerdings fehlt den Umsätzen die Größtgröße, die im April und Anfang Mai zu beobachten war. Die Wülfabrikanten sind in ihren Anforderungen mäßiger geworden. Da es im großen und ganzen an neuen Aufträgen fehlt, berichtet man im Einkauf von Schnittbölen auf weitgehende Engagements und vor allem auf Einfluß mit fernliegenden Lieferungsterminen. Die Sommerellen wurden einige kleinere Abschlüsse in Stammware gegeben. Man bezogte sie nach der Belassenheit 4000 bis 4500 *M* je Kubimeter für unfortierte Ware. Kleinteile Seiten brachten etwa 4800 *M*, wenn es sich um angemessene Durchschnittspreise handelte. Selbst gekratzt vom Kantholz nicht nur für Stieglingsbauten, sondern auch für industriellen Unternehmungen, die Erweiterungsbauten vornahmen.

Tagung des Deutschen Akademischen Assistentenverbandes.

— Der Deutsche Akademische Assistentenverband (D. A. A. V.) Reichsverband der akademischen Assistenten, hielt an den Pfingsttagen 1922 zu Marburg seinen vierten Haupt-Vertretertag ab, zu dem 42 Assistentenvertreter fast sämtlicher deutschen Hochschulen erschienen waren. Unter den wirtschaftlichen Fragen erregte das auffällige Zurückbleiben der Assistentengehälter in den meisten süddeutschen Ländern Bekundens. Der Vertretertag war sich darin einig, daß keine Berechtigung zu irgendwelcher unterschiedlichen Gestaltung der Assistentengehälter vorliegt und eine Angleichung an die bisherige günstige Regelung für die planmäßigen Assistenten in Preußen mit allen Kräften erstrebt werden soll. Allgemein Vorurteilung fand die seit Jahren bestehende Zurücksetzung der außerplanmäßigen Assistenten in Preußen bezüglich der Gehaltsfrage. Die außerplanmäßigen Assistenten beziehen noch jetzt Gehälter, die unter den Tariffüssen für ungelernte Arbeiter liegen. Der Vertretertag beschloß, nunmehr durch Abschluß eines Tarifvertrages dieser Assistentengruppe eine Einstufung in die Gehaltsordnung zu verschaffen, die ihrer Vorbildung und Arbeitsleistung entspricht. An ideellen Fragen beschäftigte sich der Vertretertag mit der Hochschulreform und der deutschen Studentenschaft und mit dem Entwurf einer einheitlichen Assistentenordnung für das ganze Reich.

[Allgem. Deutscher Burschenbund.] Der Allgemeine Deutsche Burschenbund (A. D. B.) versammelte sich am Pfingsten in Frankenhäusen am Fuße des Rastbäuers zu seinem 30. Bundestage. Mit ihm war die Austragung sportlicher Wettkämpfe verbunden. Es wurden neu aufgenommen die Burschenschaften Rheno-Altatia-München, Alemannia-Düsseldorf, Sturbrandenburg-Berlin. Damit umfaßt der A. D. B. 42 Burschenschaften. Zum Gedenken der im Weltkriege gefallenen Mitglieder des Bundes wurde eine an der Frankenburg angebrachte Gedenktafel eingeweiht. Zum Schluß des Bundesfestes vereinigte ein erhebende Feuer die Teilnehmer am Fuße des Rastbäuers. **Denkmal**

Schlesien.

Die Übergabe Ost-Oberschlesiens.

Der Stand der Übergabeverhandlungen.

w. Opatowitz, 13. Juni. Gestern am späten Nachmittag fand eine Besprechung zwischen dem deutschen und polnischen Vertreter und der Interalliierten Kommission statt. Die Verhandlungen sind gestern nicht zu Ende geführt worden. Obwohl der polnische wie der deutsche Beauftragte haben bei ihren Regierungen in Berlin und Warschau neue Instruktionen eingeholt. Wahrscheinlich wird heute keine Sitzung stattfinden.

Übernahme der Dienststellen.

s. Kattowitz, 13. Juni. Nun ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß dem polnisch werdenden Gebiete Oberschlesiens die neue aufgezwungene Staatsbürgerschaft in wenigen Tagen wirkt. Wer von den Deutschen noch irgendwie kann, verläßt die bisherige Heimat, so daß Straßen und öffentliche Plätze von Möbelwagen überfüllt sind. Von wehmütiger Abschiedsstimmung ergriffen sind diejenigen Deutschen, die aus diesem oder jenem Grunde in Ost-Oberschlesien zurückbleiben müssen und die ihre letzten Bekannten und Verwandten abziehen sehen. In diesen Abschiedsschmerz der Deutschen mischt sich die Freude der Polen, die bereits eifrig mit der Ausschmückung der Straßen und der Errichtung von Ehrenportalen für die einziehenden polnischen Truppen beschäftigt sind. Fast alle Grenzorte tragen bereits derartigen Schmuck. Auch in der unmittelbaren Nähe von Kattowitz, der künftigen Hauptstadt der ober-schlesischen Wojewodschaft, sind die ersten Ehrenportale errichtet worden.

Gleichzeitig hat sich das allgemeine Straßenbild erheblich verändert, daß bereits polnische Beamte in blauen, schwarzen und grünen Uniformen eingesetzt sind, um in den allernächsten Tagen die ihnen zugewiesene Verwaltung zu übernehmen. Am weitesten vorgeschritten ist die

Übernahme der Eisenbahnverwaltung.

durch die Polen, die vor 14 Tagen mit der Übergabe einzelner Bureaus begonnen hat. Bei einzelnen Abteilungen der Eisenbahnverwaltung ist die Übergabe schon völlig durchgeführt, so daß in diesen Abteilungen bereits polnische Beamte Dienst tun. Die deutschen Beamten sind aus Ost-Oberschlesien zurückgezogen worden und tun nunmehr Dienst am Sitz der künftigen deutschen Eisenbahndirektion Oppeln. Die letzten Abteilungen der Eisenbahnverwaltung werden am Dienstag zur Übergabe kommen. Am Mittwoch nachmittag 6 Uhr soll dann der gesamte Eisenbahnverkehr in Ost-Oberschlesien auf die polnische Verwaltung übergehen. Auch die letzten Bahnhöfe werden bis zu dieser Zeit an die Polen übergeben sein. Eine Reihe kleinerer Bahnhöfe an der Grenze sind bereits jetzt übergeben, so z. B. auch der Bahnhof Biele. Der Bahnhof Kattowitz wird dagegen erst am Mittwoch übergeben werden. Die Übernahme stößt nach wie vor auf die größten Schwierigkeiten. Obwohl Korfanth schon während des Abstimmungskampfes Listen zirkulieren ließ, in denen die Beamten der Eisenbahn zum Verbleiben in einem etwa zur Abtretung kommenden Gebiet aufgefordert wurden obwohl das polnische Eisenbahnministerium in Warschau die schönsten Versprechungen machte, ist es dem in Kattowitz weilenden Delegierten des Warschauer Eisenbahnministeriums auch bis zur Stunde nicht möglich gewesen, genügend Kräfte zu erhalten. Der Mangel konnte auch durch die zahlreichen Abkommandierungen aus dem ehemaligen Polen und aus Polen nicht gedeckt werden. Es fehlt an Beamten, obwohl man sie aus allen möglichen anderen Berufen zusammenfucht. Selbst polnische Journalisten treten in die Dienste der polnischen Eisenbahnverwaltung. Nach der Übernahme der Verwaltung durch die Polen stellen die deutschen Beamten ihren Dienst ein, mit Ausnahme derjenigen, die als sogenannte Reis- und Übergabebeamte noch für einige Zeit bleiben. Man rechnet damit, daß die Übergabebeamten mit der Umwidmung der letzten Geschäfte in Ost-Oberschlesien noch bis zu drei Monaten zu tun haben werden, während die Reisbeamten bis zu einem Jahre hier bleiben sollen. Die Magdalena Rada Ludwowa (polnischer Vertreter Volksrat) hat bereits seit einiger Zeit eine gewisse geistige Schnelligkeit erlangt, in der sich ältere berufstätige Personen in Schnellkursen das Einjährigengymnasium oder gar das Abiturium, das zum Studium an polnischen Universitäten berechtigt, erwerben können. Diese Personen, denen im Handumdrehen eine höhere geistige Reife verliehen werden soll, sollen dann für die Besetzung besserer Stellen in Frage kommen.

Gleichfalls weit vorgeschritten ist die

Übernahme des Postwesens.

Mit der Übergabe des Kattowitzer Postamtes wird am heutigen Dienstag begonnen. Die Außenbeamten der Post werden jedoch noch bis einschließlich Donnerstag dieser Woche ihren Dienst weiter verrichten und erst am Freitag an die ihnen von der deutschen Post überwiesenen neuen Dienstplätze sich begeben. Die

Übernahme der Polizei

wird bereits am Donnerstag vollzogen werden. Die polnischen Polizeitruppen in ihren dunkelgrünen Uniformen befinden sich bereits zum größten Teile auf ober-schlesischem Boden.

Die Kartoffelverfälschung 1923.

* Zur besseren Versorgung der Verbraucher mit Kartoffeln aus der Ernte 1923 ist zwischen dem Verband der Kartoffelinteressenten und den schlesischen Landbundesgenossenschaften nachstehender Vertrag abgeschlossen worden.

Land und Landbundesgenossenschaften arbeiten in der Kartoffelverfälschung der Provinz Schlesien und in der Versorgung anderer Provinzen auf. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgemeinschaft hergestellt, die ihren Sitz in Breslau hat, und in der Handel und Landbundesgenossenschaften paritätisch vertreten sind. Handel und Landbund werden ihre für die Provinz in Frage kommenden Aufkäufer nennen. Die Aufkäufer der Aufkäufer ist mit größter Sorgfalt vorzunehmen. Es dürfen nur unbedingt und erprobt zuverlässige und sachkundige Aufkäufer genannt werden. Alle nicht zuverlässigen und unsachkundigen Elemente sind auszuschließen. Wegen Verstößen von Aufkäufern und deren Ausschaltung hat ein von der Arbeitsgemeinschaft eingesetztes Schiedsgericht zu entscheiden. Der Spruch dieses Schiedsgerichts ist endgültig. Handel und Genossenschaften verpflichten sich, unzulässige Elemente zu befehlen und soweit die Verträge dies erlauben, solche Elemente den Behörden zur Strafverfolgung zu übergeben. Den Aufkäufern werden Ausweise ausgestellt, die von dem Vorsitzenden des Landbundes und des Verbandes Deutscher Kartoffelinteressenten, bezogen des Einheitsverbandes Deutscher Kartoffelbändler eigenhändig zu unterzeichnen sind. Die Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht in der der Wirtschaftslage und den sonstigen Verhältnissen entsprechenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, wobei alle Bevölkerungskreise, Verbraucher, genossenschaftlichen und Kleinbändler zu berücksichtigen sind. Jede Art von Parteipolitik ist verboten.

Begründung: Die bisherige Handhabung des Kartoffelgeschäftes während und nach der Zwangswirtschaft befriedigte weder die

Landwirtschaft noch den Handel, noch die Verbraucher. Landbund und Handel sind sich darüber einig, daß das häufige Gegenüberarbeiten und die vielen Eingriffe der ungezählten amtlichen Stellen nicht nur die Landwirtschaft und den Handel, sondern vor allem auch den Verbraucher schädigen. Die bisher von der Regierung vorgenommenen Eingriffe haben nicht selten eine ganz ungeheure Verwirrung und Schädigung der Verbraucher herbeigeführt. Die von der Behörde ergriffenen Maßnahmen haben lediglich preisverteuernd und die Ware vom Markt vertreibend gewirkt. Es haben sich hierdurch Elemente eingeschoben, die den guten Ruf von Landwirtschaft und Handel gefährden, während sich die guten Elemente zurückzogen. Dem ist es zu danken, daß die Ware im laufenden Wirtschaftsjahre nicht rechtzeitig auf den Markt kam und jetzt im Überfluß, ohne die Möglichkeit, sie unterzubringen, vorhanden ist. Handel und Landwirtschaft erwarten eine Besserung des Abstands in einem engen Zusammenschluß und einer von Vertrauen getragenen Zusammenarbeit. In dem in letzter Zeit so häufig und übermäßig empfohlenen Wege, direkter Verkehr von Erzeuger zu Verbraucher, erziehen die Beteiligten nicht die Lösung des schwierigen Ernährungsproblems.

Georg Fröhling.

Frhr. v. Richtigofen.

Breslauer Handelskammer.

* Am Dienstag, 13. Juni, fand im Sitzungssaal der Breslauer Handelskammer die 7. Vollversammlung der Handelskammer statt. Als erster Punkt der Tagesordnung wurden die Wahlen zum Landes-Eisenbahnrat erledigt; zu Mitgliedern wurden gewählt Handelsgerichtsrat Menzel und Syndikus Dr. Freymark, als deren Stellvertreter Handelsgerichtsrat Schellinger und Syndikus Dr. Kriegenburg. Nach der Vereidigung des Handelsmatters Mark Simon sprach Herr Dr. Schulz zur beabsichtigten Erhöhung der Gewerbesteuer. Nachdem dann noch Kommerzienrat Dr. Schürer und Fabrikbesitzer Deter dazu Stellung genommen hatten, wurde folgende Entscheidung, die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden soll, angenommen:

„Die am Dienstag, den 13. Juni 1922, tagende Vollversammlung der Handelskammer Breslau und deren Beirat, als Vertreter von über 100 wirtschaftlichen Verbänden, erfüllt der Antrag auf 1000 Proz. Gewerbesteuer-Erhöhung mit großer Sorge. Es wird nachdrücklich Einspruch dagegen erhoben:

1. daß in freilegender Weise die Gewerbetreibenden einseitig zum Steuerträger der Gemeinde gemacht werden;
2. daß in einer Zeit, wo die rückständigen und noch zur Erhebung kommenden Lasten nach Urteil aller Sachkundigen schon die Existenzfähigkeit der Betriebe gefährden;
3. daß das Breslauer Gewerbe durch eine Überpannung der Gewerbesteuer in seiner Konkurrenzfähigkeit auf Märkten des Auslandes und einseitig gegenüber anderen Plätzen des Inlandes gefährdet wird;
4. daß hierdurch alleiniges Gewerbetreibende aus Breslau verdrängt werden und der Futur neuer Steuerträger nach Breslau verbannt wird.

Es ist ferner zu bedenken, daß infolge der Geldentwertung die Gewerbeerträge nur scheinbare sind, während gerade die Inflation die Ertragskraft derart erhöht, daß die vorgesehenen Sätze den Bedarf weit übersteigen. Endlich bedürfen die Gewerbetreibenden Breslaus bei der überaus ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Lage der Stadt, nach der unermesslichen Schädigung durch den Verlust Börsen, großer Teile Westpreußens und insbesondere Oberschlesiens, der besten Schonung und Milderung, die ein vernünftiger Antrag vollkommen vernünftigen läßt. Umso nachdrücklicher muß gegen den Beschluß der Erhöhung der Gewerbesteuer Protest eingelegt und die unbedingte Forderung erhoben werden, daß die bisher schon überaus drückende Belastung nicht noch weiter gesteigert wird.“

Gleibender Kongress deutscher Handelsvertreter.

* Der Dienstagvormittag war ausgefüllt durch eine Menge Sondertagungen der einzelnen Fachkreise und Fachabteilungen. Am Nachmittag wurde alsdann der allgemeine Kongress fortgesetzt und beendet. Dabei wurde von den Vertretern der Wirtschaftskammern Bericht erstattet über die einzelnen Fachgruppen. Es handelt sich um 12 besondere Gruppentagungen. Viele von diesen Fachkreisen waren nicht zu Fachabteilungen zusammengefaßt. Einige von ihnen haben beschlossen, besondere Fachverbände als Unterabteilungen des Zentralverbandes deutscher Handelsvertretervereine zu begründen. Eine große Rolle in den Sondertagungen haben die Provisionsfragen gespielt. In der Fachgruppe für Lebensmittel wurde u. a. eine Entschließung gegen die Beibehaltung der Handelsvertreter und gegen die Preisprüfungen gefaßt. Auf dem Weinhandelsvertreterkongress war eine gemeinsame Entschließung gefaßt worden gegen den Plan einer Getränkesteuer, die als Gemeindesteuer erhoben werden soll. Gegen eine weitere Verteuerung direkt wurde nicht Stellung genommen, aber gegen die Getränkesteuer als besondere Steuer, die mit vielen Unmöglichkeiten und Ungerechtigkeiten verknüpft sein dürfte. Wenn eine Getränkesteuer als Gemeindesteuer erhoben werden soll, dann soll dies nur in der Form eines Aufschlages zu den Reichsteuern auf Getränke geschehen.

Bei Fortsetzung der allgemeinen Verhandlungen wurde zunächst die Abminderung der künftigen Beiträge vorgeschlagen, die eine überwiegende Mehrheit für 200 Mark jährlich ergab. Für den Witwen- und Waisenfonds deutscher Handelsvertreter wurde eine neue Satzung vorgelegt. Durch eine Entschließung wurde der Wunsch nach einer schnelleren Auffüllung des Grundfonds durch freiwillige Spenden oder durch Umlagen oder Beiträge von Vereinen ausgesprochen. Einige tausend Mark kamen alsbald als Spenden für diesen Fonds ein. Mit speziellen Sonderfragen beschäftigten sich zwei Vorträge: „Wie verbreiten wir die Kenntnis vom Wesen und Wert des Handelsvertreters“, und „Allgemeine Berufsangelegenheiten und Fachfragen in ihrer gegenseitigen Bedeutung für den Handelsvertreterberuf“. Es handelte sich dabei um den weiteren Ausbau von Ausführungen, wie sie bereits an den ersten beiden Tagen des Kongresses in anderer Beleuchtung gemacht worden waren. Die steuerliche Belastung des Handelsvertreters war dann der Gegenstand eines längeren Vortrages des Handelsgerichtsrats Herrberg aus Berlin. Wie im ganzen Wirtschaftsleben, so spielen auch bei den Handelsvertretern die Steuern eine bedeutende Rolle. Neben der erdrückenden Last der Einkommensteuer steht besonders die Umsatzsteuer und die Gewerbesteuer. Im Anschluß an den Vortrag wurden mehrere Entschließungen angenommen, in denen a. B. bei der Einkommensteuer die Zulassung steuerfreier Rücklagen vom Provisionsseinkommen des Handelsvertreters verlangt wird, und in der gegen die Überpannung der Gewerbesteuer durch die Gemeinden Stellung genommen wird. Über das Wesen des Reichswirtschaftsrats berichtete Herr Friedrich Lange aus Magdeburg, der als Vertreter des Handelsvertreterberufes Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist. Es wurde besonders zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, daß der Handelsvertreterberuf von den Regierungsinstanzen als Spitzenorganisation anerkannt werde und daß er in dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichswirtschaftsratsrat vertreten sei. Schließlich wurde berichtet, daß eine Arbeitsgemeinschaft des Zentralverbandes deutscher Handelsvertretervereine mit dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig abgeschlossen worden ist. In einer Anzahl von Fragen, welche beide Verbände in gleicher Weise interessieren, wird dadurch ein Zusammengehen erreicht. Die Vertreterfragen sollen speziell vom Verband reisender Kaufleute wahrgenommen werden. Einen eifrigen Abstimmungskampf gab es am Schluß über den Ort des nächsten

Kongresses. Nürnberg ging dabei gegen Magdeburg als Sieger hervor.

Der Kammlungsleiter, Stadtverordneter Direktor Karl Wilsch, Wolf aus Breslau schloß dann die Sitzung mit dem Ausdruck der Befriedigung über den Verlauf der Breslauer Tagung, die den Verband in einer Menge wichtiger Fragen ein bedeutendes Bild vorwärts gebracht habe. Diesen Worten schlossen sich Dankesworte und ein Hoch auf Breslau an.

w. Girschberg, 13. Juni. In Neuland bei Stöberberg hat die Frau des Gutsbesitzers Kraus ihren vier im Alter von ein bis drei Jahren stehenden Kindern den Hals durchschnitten und dann sich selbst das Leben zu nehmen versucht. Man nimmt an, daß die Frau, die im nächsten Monat der Niederkunft entbunden wird, in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Lokales.

600 Prozent Gewerbesteuer?

* Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Gewerbesteuer von 1000 auf 600 Prozent herabzusetzen. Der Fehlbetrag, mit dem der Stadthaushalt für 1922 abschließt, erhöht sich durch diesen Beschluß von 60 Mill. Mark auf 177 Mill. Mark.

Vom Evangelischen Parochialverband.

6 Prozent Kirchensteuer.

* Am Montag nachmittag fand eine Sitzung der Verbandsvertretung im Pfarrhaus von Bernharden statt. Sie wurde von dem Vorsitzenden Pastor prim. H. Ziemann geleitet. Von den verfassungsmäßigen 81 Mitgliedern waren 58 erschienen. Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit sprach Pastor prim. Krausel das Eingangsgebet. Man beschäftigte sich dann zunächst mit der Feststellung der Haushaltspläne der Verbandsgemeinden für 1922.

Zu den von den Einzelgemeinden eingereichten Plänen hatte der Verbandsvorstand eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gestellt, die verschiedentlich zu Erörterungen Anlaß gaben. Maria Magdalena wünschte die unentgeltliche Ruhestellung zweier Räume zur Dienstwohnung eines ihrer Geistlichen und die Umwandlung der Pfarrerwohnung in eine Pfarrerwohnung, womit der Abtritt des Inhabers aus der Gehaltsgruppe IV in die Gruppe VI verbunden ist. Weil beide Anträge den geltenden Richtlinien widersprechen, wurden sie abgelehnt. Beim Haushaltsplan der Rührgemeinde wurde grundsätzlich beschlossen, daß bei Befreiung von Dienstwohnungen durch eine Zentralheizungsanlage von den Inhabern für jeden Wohnraum der Betrag von 300 Mk. als Entgelt zu fordern ist. Allgemein wurde für sämtliche Kirchengemeinden beschlossen, für die Gemeindefürsorge je 6000 Mk. einzustellen, d. h. den Betrag, den zurzeit die Mutterhäuser von den Gemeinden verlangen. Der Verband erklärte, daß über diese Summe nicht hinausgegangen werden könne, und daß bei weiteren Erhöhungen seitens der Mutterhäuser auf einen Abbau der Schwefelstationen Bedacht genommen werden müsse. Ebenso wird für alle Gemeinden der Titel für wöchentliche Rede von 400 auf 600 Mk. erhöht, während das Fehlen der Predikanten in der Höhe von 50 Mk. belassen werden soll. Im übrigen wurden die Haushaltspläne der Verbandsgemeinden genehmigt.

Hierauf wandte man sich der Beratung des Haushaltsplanes des Verbandes für das Jahr 1922 zu.

Der Vorsitzende legte die augenblickliche finanzielle Lage des Verbandes dar und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir im Jahresbericht wieder zu geordneten Verhältnissen kommen. Die ersten Beiträge aus den eingegangenen Kirchensteuern sind bei der Verbandssatzung abgeliefert worden und der Verband würde in kurzer Zeit in der Lage sein, die aufgenommenen Anleihen wenigstens zum größten Teil wieder zurückzahlen. Schwierig werde allerdings die Lage bleiben, solange nicht den sehr erheblich gestiegenen Ausgaben auf allen Gebieten eine entsprechend erhöhte Einnahme gegenüberstehe. Hier würde für die nächste Zeit der notwendige Ausgleich geschaffen werden müssen. Ein dringender Rechnungsabluß für das Jahr 1921 konnte noch nicht vorgelegt werden, weil bei den Einnahmen die Höhe der aufkommenden Kirchensteuer, bei den Ausgaben die Kosten der Erhebung noch nicht feststehen. Es wird aber gehofft, daß nach Abschluß der Rechnung der Betriebsfonds zusammen mit verschiedenen anderen Fonds die Summe von 272 440 Mk. aufzuweisen wird, die als Bestand mit ins neue Rechnungsjahr hinübergenommen werden können. Dazu kommen neben einigen kleineren Summen 3½ Millionen Mark, die am 1. April 1922 als Anleihe bei der städtischen Sparkasse aufgenommen wurden, und 8 100 000 Mk. an Kirchensteuern, wenn wie im Vorjahr 6 Proz. der Reichseinkommensteuer für 1921 als Kirchensteuer für 1922 erhoben werden. Das Reichseinkommensteuer für 1921 steht allerdings noch nicht fest, da aber angenommen ist, daß es nicht hinter dem von 1920 zurückbleiben wird, so wurde der Berechnung das endgültige Reichseinkommensteuer für 1920 zugrunde gelegt. Auf diesen Ausgaben hat die Kirchenbehörde selbst hingewiesen. Die Gesamteinnahme ergibt den Betrag von 14 062 000 Mk. Bei den Ausgaben belaufen sich die Zuschüsse an die Verbandsgemeinden auf 1 838 684,49 Mk. Die Veranlagungs- und Erhebungskosten sind mit 1 000 000 Mk. angesetzt. Die Beihilfe fürs „Kirchliche Wochenblatt“ wurde von 1000 auf 5000 Mk. erhöht. 1½ Millionen sind für Gehaltssteigerungen der kirchlichen Beamten und Angestellten in Aussicht genommen. Davon sind, wie erwähnt wurde, bereits 1 Million Mark für die am 1. April und 1. Mai eingetretenen Gehaltssteigerungen beantragt worden. Die Synodalabgaben für 1922 werden sich, wie die Kirchenbehörde mitgeteilt hat, stark erhöhen; es sind dafür rund 2 000 000 Mk. in den Haushaltsplan eingelegt. Verwaltungskosten, Unvorhergesehenes, Betriebs- und Waisenfonds u. a. machen zusammen ebenfalls 2 Millionen Mark aus, und endlich noch auch die bei der städtischen Sparkasse aufgenommene Schuld von 8½ Millionen Mark zurückgezahlt werden. Einnahme und Ausgabe gleichen sich aus.

Auf Antrag von Pastor prim. H. Konrad wurde beschlossen, daß dem Verbandsvorstand eine Summe von 5000 Mk. zur Verfügung gestellt werden soll, damit er in Fällen ganz besonderer Not infolge von Krankheit in Familien von Geistlichen und Kirchenbeamten eine Beihilfe gewähren kann.

Der Haushaltsplan des Verbandes wurde darauf in der vorliegenden Form mit den erwähnten kleinen Abänderungen angenommen. Damit war die Grundlage für den Umlagebeschuß gegeben, der einstimmig dahin gefaßt wurde, daß 6 Prozent der Reichseinkommensteuer von 1921 als Kirchensteuer erhoben werden sollen.

Eine Vortage des Ev. Konsistoriums, wonach die von den Gemeinden zu zahlenden Grundbeiträge auf 1000 auf 2000 Mk. erhöht werden sollen, wird nach Empfehlung durch den Vorsitzenden angenommen. Der Beschluß bedeutet keine Erhöhung der Beiträge der Geistlichen, sondern der aus der Staatskasse gezahlte Zuschuß verringert sich um den gleichen Betrag. Das Konsistorium hat sich des Weiteren damit einverstanden erklärt, daß in Breslau den Geistlichen und Kirchenbeamten die den Staatsbeamten inwieweit gewährt Wirtschaftshilfe von 1000 Mk. jährlich von den Gemeinden bewilligt werden kann. Die Verbandsvertretung faßt den Beschluß, diese Wirtschaftshilfe zu gewähren.

Magistratsbaurat Klimm berichtet über eine Absicht, die bei den Arbeiten für die elektrische Lichtanlage in der Elisabethkirche vorgekommen ist. Sie beläuft sich auf 15 152 Mk. Die Summe wird auf Grund eines Gutachtens der Verbandsbaukommission nachträglich bewilligt. Im Überschie-

[illegible]

Ihre am 9. Juni zu Charlotten-
burg vollzogene Vermählung zeigen
hierdurch an
Karl-Burgeln, Des. Breslau
Friedrich
Friedrich von Schudmann,
Stefel
Friedrich von Schudmann,
geb. Panitz.

Ihre am 9. Juni vollzogene
Vermählung geben bekannt
Stilkeleben, im Juni 1922
Heinrich von Köllchen,
Dorothea von Köllchen,
geb. von Pashua.

Ihre am 10. Juni in Schmieditz
erfolgte Vermählung zeigen an
Hauptmann a. D.
Gerhard Grenlich
und Frau Grna, geb. Zimbal.

Die glückliche Geburt
eines gesunden Söhnchens
zeigen hocherfreut an
Schmiedeberg i. B.,
11. Juni 1922
Dr. med.
Jans Hirsch
und Frau Editha,
geb. Baumert.

Die glückliche Geburt eines ge-
sunden, kräftigen Stämmchens
zeigen hocherfreut an
Beuthen O.S., den 10. Juni 1922
Baumeister Karl Müller
und Frau Hedwig, geb. Kahler.

Die Geburt einer kräftigen Tochter
zeigen voller Freude an
Breslau, 18. Juni 1922
Dr. Bruno Stegner
und Frau Lilli, geb. Buchtemer.

Unser lieber Schwager, Oheim
und Vetter, der
Pastor i. R.
Albert Henn,
Mitglied des 1870/71.
ist gestern nachmittags 1 1/2 Uhr,
76 Jahre alt, in Gottes ewiges
Friedensreich eingegangen.
Breslau, den 18. Juni 1922.
Hergelle 18.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Trauerfeier: Donnerstag, den
18. Juni, nachmittags 8 Uhr, im
Trauerhause Hergelle 18.
Beerdigung in Mollwitz Freitag,
den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr.

Statt besonderer Anzeige.
Am heutigen Tage ging mein
lieber Mann, unser treuer
Vater, Schwieger- und Großvater, der
Kaufmann
Bernhard Schreyer
in die ewige Heimat ein. Ein sanfter
Tod erlöste ihn, im 63. Lebensjahre,
von seinen schweren, geduldig er-
tragenen Leiden.
In tiefer Trauer geben dies
mit Kenntnis
Breslau, den 12. Juni 1922
Alwine Schreyer, geb. Kirchberg,
i. B. Schleifische Rohrmöbel-Industrie.
Margarete Lindemann,
geb. Schreyer.
Ottomar Lindemann,
Stefel und Traute Lindemann.
Beerdigung: Donnerstag, den
15. d. M., nachm. 1 1/2 Uhr, vom
Trauerhause Kaiser-Wilhelm-Str. 41
aus nach dem St. Salvator-Friedhof
(Ende Kollwitzstr.) Beileidsbesuche
werden dankend abgelehnt.

Statt besonderer Anzeige!
Gestern abend 8 1/2 Uhr entfiel nach Gottes unerfor-
schlichen Ratsschluss unser innigstgeliebter Vater und Schwieger-
vater, der
Privatmann
Hermann Lautenbach
im 79. Lebensjahre.
Breslau, den 18. Juni 1922.
Parkstraße 38/40.
In tiefstem Schmerz
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 15. d. M., nachm.
2 1/2 Uhr, von der Kapelle des reformierten Friedhofes (ver-
längerte Kollwitzstr.) aus statt.

Am 10. Juni ist in Kreuzburg im
Pflegehaus Bethanien unsere liebe,
treue Tante, Großtante und Ver-
wandte, die frühere Beherin
Fräulein Clara Arndt
nach längerem Leiden im Alter von
fast 79 Jahren heimgegangen.
Hamburg, Stahlhammer, Larnowitz,
Reimersdorf, Gmain i. B., Breslau.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.
Für die wohlwollenden Beweise
herlicher Anteilnahme, welche mir
in so überreichem Maße anlässlich
des Hinscheidens meines unergelich
innigstgeliebten Mannes geworden
sind, für die tröstlichen Worte des
Herrn Kaplan Bollmann, sowie
all den lieben Verwandten, Be-
kanten und Freunden meines
Mannes, welche ihm das letzte Geleit
gaben, sage ich hierdurch meinen
tiefempfundenen Dank.
Annie Herrmann,
geb. Mach.

Ferienreise
14. Juli bis 14. August
Kinderkinderin 1. Klasse
sucht christl. Familie mit 1 oder 2 Kindern zur
Vertrauung derselben auf Reise mit Eltern
während der groß. Ferien gegen freie Station
und Reis. Angeb. unt. W 277 Schief. Stg.

Unser Großer Sommer-Ausverkauf
beginnt Donnerstag, den 15. Juni.
Geschwister Trautner Nacht,
Ring 49/50.

Deutsches Reichspatent
Erddrucksichere
Särge
aus Eichen- und Kiefernholz.
Billigster erddrucksicherer Sarg 1050 Mk.
Atteste - 1833 gegründet - Breslauer Beerdigungsanstalt
H. Ohagen
Breslau, Schuhbrücke - nur - 61/62
Fernsprecher: Amt Ring 237 und 4399

Akt.-Ges. für Handelsstätten der
Schlesische Leinen-Weberei
Kramer & Co.
Zentrale: Berlin SW. 68.
Abt. Versand an Private. Muster in
Leinen- und Baumwollwaren, Blusen- und
Kleiderstoffen gratis und franko.
Breslauer Verkaufsstelle
an Private:
Kaiser-Wilhelm-Strasse
(Ecke Schillerstr. 1)

Beachten Sie
unser morgen erscheinendes Inserat, betreffend
Damenbekleidung.
Es dürfte für Sie von großem Interesse sein.
Rudolf Petersdorff
Breslau, Obfauer Straße 8

Trauer-Kleidung
kauft man am besten im
Spezial-Trauer-Magazin
August Benedix
Ring 1, Ecke Nikolaistr. Tel. 4010.

Bad Salzbrunn
Schlesien
Katarre
Asthma, Grippe
Nieren - Blase
Gicht - Zucker - Steine
Prospekte durch die Badedirektion.

Eine Trinks-Brunsviga-
Rechenmaschine,
Tabe „B“, mit Autoshift, fast neu, ganz wenig
gebraucht, zu verkaufen. Aufz. u. W 262 d. B. 3. 13

Kaufe
jeden Posten
Eier, Geflügel,
Wild Rehe, Hirsche, Gänse,
Enten, Hühner, Tauben
Gänsestopflebern
und erbitte gef. Angebote (x)
E. Kretschmer, Breslau 1
Carlsstr. 44. - Fernruf Amt Ring 556.
Geflügel, Wild- und Eier-Großhandlung.
Für Eier-Lieferungen an mich
s. teile ich eig. Patentkisten z. Verfü.

Sg. Engländer
(Student) möchte einige
Woch. ob. Monate in einer
deutschen Fam. zu pair
(gegen gründl. engl. Sprach-
unterricht) ausbringen. So-
fort beginnend.
Aufz. u. W 22 d. B. 3.

Zurückgekehrt
Dr. Kuno Walter
Zahn-Arzt
Zwingerplatz 1. II.

Körperpflege
Biotonin (gel. Gelee)
Herbentrakt - Bienen
ernährend, blutbildend, appetit-
anregend, nervenstärkend u.
beruh., ideal. Auffrischung-
mittel nach geistiger und
körperlicher Überanstrengung
1 Sch. (100 St.) - 3,-
4,- für nur - 10,-
Hygiea-Apotheke,
Breslau, Zwingerstr. 31
Ede Grüntrage.

Auto-Reparaturen
werden ganz erstklassig,
durchaus sachmännlich, ge-
wissenshaft und billig aus-
geführt.
Garagenbetrieb - Einstell.
Edmund Beck,
Gartenstraße 64,
Westf. Hauptstr. 70,
Telephon Ring 5977.

Kristall
taufen Sie preiswert nur im
Spezial-Geschäft
G. Patzner,
Hofstr. 85, I. (Vehndamm)
kein Laden - keine Ecken.

Hohl-Brosche-
Figur (Engel),
ca. 14-2 St. (schwer, ca.
1,5 m hoch, 10 cm breit)
Gef. Anfragen an die
Johannes-Apotheke,
Kattowitz

Reifgehepelt,
Opium, 8. Schillingpreis ab-
zugeben. Best. 100 St.
Lieferung ab 10 St. an.
Preis ab 10 St. an.

Gold-
Silber-
Bruch u. Gegenstände
Platin, Brennkiste,
Zahngelbte,
Brillanten u. Perlen
kauft höchstbillig 15
Deutsche Goldmetall u.
Juweleng. m. B. 8.
Harrasgasse 3,
gegenüber Bleichhölle

Schwämme
3 B. ver. Bek. 3. ver.
Aufz. u. W 23 d. B. 3.

Für Brautleute!
Gebe umgänglich sehr preiswert
tadellos erhaltene, teils fast neue Ge-
decke, Tischtücher, etwas Bettwäsche, zwei
Stoppdecken und weiße Unterröcke
ab. Zuschriften unter W 369 an die Geschäfts-
stelle der Schlesischen Zeitung.
Achtung!
Gold- und Juwelenbesitzer.
Verkaufen Sie Ihre Schmuck-
sachen, Brillanten, Gold-,
Silbergegenstände, Platin,
alte Goldstücke, Zähne etc. nicht
eher, bis Sie sich von meinem
derzeitigen
Höchstpreisen
überzeugt haben.
Einkauf täglich von 8 Uhr vor-
mittags bis 7 Uhr abends.
Streng reelle fachmännische
Bedienung.
Edelmetall-, Juwelenaufkauf
Günther,
Breslau 6,
Friedrich-Wilhelm-Straße 24, II.
Tel. 11443.
Ich bitte im eigenen Interesse
sich durch irreführende Preis-
reklame nicht beeinflussen zu lassen.
Kein Laden.

